

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweden

Massive Budgeterhöhung

Das Königreich Schweden legt einen Steilpass vor. Die Regierung plant mittels Gesetzesbeschluss das Verteidigungsbudget um 40% zu erhöhen. Es wird eine neue mechanisierte Brigade und fünf Infanterie-Regimenter geschaffen sowie die Unterseebootflotte ausgebaut. Der Bestand an Soldaten in der Grundausbildung wird verdoppelt, insgesamt die Armee von 60 000 auf 90 000 Wehrdienstleistenden

de aufgestockt. Die Luftwaffe erhält ein weiteres Geschwader, ebenso einen neuen Grenzjägerverband in Nordschweden. Es gibt insgesamt mehr



Peter Hultqvist erklärt Rüstungsbedarf. Bild: The Barents Observer

Ausrüstung und Cyberdefensive. Die Begründung ist so einfach wie nur möglich: die von Russland ausgehende Bedrohung. Auch wenn Verteidigungsminister Peter Hultqvist sich diplomatischer gibt und damit die «sich im Laufe der Zeit verschlechternde Sicherheitslage in Schwedens Nachbarschaft und in Europa» meint. Sein Bericht zum Budgetvorschlag spricht Klartext: «Russland bricht die europäische Sicherheitsordnung.» In der Analyse kommt der Minister zum Schluss, dass das

russische Vorgehen in Georgien, der Ukraine, Syrien, Armenien und Weissrussland klar aufzeigt, dass Moskau militärische Mittel einsetzt, um dessen politische Ziele zu erreichen. Sein Gegenmittel mit dem Namen «Totalförsvaret 2021 bis 2025» kostet das Land deshalb umgerechnet knapp 2,8 Milliarden Franken. «Ein Signal an das schwedische Volk und unsere Nachbarschaft, dass wir unsere Sicherheitslage äusserst ernst nehmen», so Hultqvist.

Niederlande

Vision 2035

Mitte Oktober veröffentlichte das niederländische Verteidigungsministerium seine «Defence Vision 2035». Im Vordergrund steht die Umgestaltung der Streitkräfte in einen intelligenten, hochtechnologischen und zuverlässigen Verteidigungsapparat. Es geht darum, in einem Multi-Domain-Kontext operieren zu können und die (Teil-)Streitkräfte gegenseitig so zu integrieren, dass gemeinsame Operationen auf höchster Stufe an

geordnet, koordiniert und geführt werden können. Diese Transformation orientiert sich an zehn so genannten «Konstruktionsprinzipien», die einzuhalten sind. Entsprechend publizierte das Ministerium das ganze Konzept bereits auf seiner Website. Die Verteidigungsvision gilt deshalb nicht als Weissbuch, sondern als konkreter Plan zur baldigen Umsetzung. Ob aber die nächste Regierung (Wahlen stehen 2021 an) die Reform vorantreibt, kann noch nicht abgeschätzt werden. Wie im

mer geht es um Geld. Die Streitkräfteentwicklung dürfte das NATO-Land zwischen 13 bis 17 Milliarden Euro kosten. Verteidigungsministerin Ank Bijleveld-Schouten stellte deshalb bei der Präsentation ihrer Vision klar: «Das alles wird geschehen, auf die eine oder andere Art. Und es wird viel Geld kosten. Wir sind demnächst die fünftgrößte Volkswirtschaft in der EU, aber bei den Verteidigungsausgaben fallen wir hinten ab. Das geht nicht.» Eine der Hauptstossrichtungen heisst «Spezi-

alisierung». Beispielsweise soll die U-Boot-Flotte aufgegeben werden. Veränderungen werden also stattfinden und bedeuten für die Niederlande eine nicht zu unterschätzende Kursänderung.

Das Land war seit dem Zweiten Weltkrieg verteidigungstechnisch selbständig. Die Abhängigkeit von anderen Ländern ist gering. Durch die Aufgabe von Kernkompetenzen könnte also die Integration ins NATO-Bündnis einen (noch) grösseren Stellenwert erhalten.

Deutschland

Legaler Hack

Um die eigene IT-Sicherheit zu testen, beghet die Bundeswehr neue Wege. Wer sich für die Materie interessiert, wird seit Oktober dazu aufgerufen, mittels Hackerangriffes die Netzwerke «des Bundes» zu testen. Das Projekt basiert auf der so genannten Vulnerability Disclosure Policy der Bundeswehr (VDPBw). Es hat zum Ziel, «bisher unentdeckte Sicherheitslücken durch gutgesinnte Hackerangriffe aufzudecken». Dazu geht die

VDPBw die Abläufe, so Generalmajor Jürgen Setzer, der stellvertretende Inspekteur im

Kommando Cyber- und Informationsraum der gleichzeitig als Chief Information Se-

curity Officer der Bundeswehr (CISOBw) amtet. Der General gibt sich zuversichtlich und hat keinerlei Sicherheitsbedenken. «Schwachstellen oder Probleme dürfen nicht ausgenutzt und gewonnene Informationen nicht an Personen oder Institutionen weitergeleitet werden.» Seine eigenen IT-Spezialisten verfolgen die Situation natürlich genau. Bei aktiven Angriffen auf die Bundeswehr-Systeme, Infrastruktur oder Personen werden die Strafverfolgungsbehörden informiert, so Setzer.



CISO der Bundeswehr, Generalmajor Jürgen Setzer. Bild: Bundeswehr

Österreich

Bundesheer-Imam abgesetzt

Als Gesprächspartner für Lebens- und Glaubensfragen trat Abdulmedzid Sijamhodzic im Jahr 2015 sein Amt als erster Imam der Militärseelsorge an. Laut Verteidigungsministerium ein Dienst, den österreichischen Soldaten jederzeit in Anspruch nehmen dürfen. Doch nun ist, zumindest für muslimische Wehrdienstleistende, vorerst Schluss damit. Die Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat den Imam Ende Oktober entlassen. Das Mandat mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGÖ), die Sijamhodzic einsetzte, bleibt hingegen bestehen, so eine Pressemitteilung der Regierung. Seitens IGGÖ erstaunt das Vorgehen. Deren Präsident Ümit Vural hat von der ganzen Sache nur aus den Medien erfahren, für ihn sei diese ganze Angelegenheit nicht nachvollziehbar. Der Imam habe angeblich dschihadistische

Propaganda auf seinem Facebook-Account verbreitet, zeigte sich in einem youtube-Video mit einem ehemaligen bosnischen General, unterdessen als Kriegsverbrecher verurteilt, und der ehemalige Militärseelsorger sympathisierte offen mit dem heiligen Islamischen Krieg in Bosnien. Aufgedeckt wurde das alles von einem «Ex-Dschihadisten», der mittlerweile als «Islamisten-Jäger» agiert. Das Bundesheer-Abwehramt empfahl deshalb im Eilverfahren die Absetzung des Geistlichen. Für Ministerin Tanner ist der Fall klar: «Ich habe keinerlei Verständnis für ein solches Verhalten und werde solche Aktionen unter meiner Führung nicht dulden.» Der Entlassene bestreitet nach wie vor sämtliche Vorwürfe. Ob die Stelle wiederbesetzt wird, ist ebenfalls umstritten. Sijamhodzic ist bereits der zweite Imam der nicht mehr für das Bundesheer arbeiten darf. Der erste hingegen wurde auf Gesuch des IGGÖ abberufen.



Militär-Imam Abdulmedzid Sijamhodzic beim Amtsantritt 2015.

Bild: Bundesheer

Russland



UAV-Batterie ist startklar.

Bild: Russian Defense Ministry Press Office

Neue Drohnen aktiv

Der russische Generalstabschef, General Valery Gerasimow, zeigte sich über die Erfolge der Übung KAVKAZ 2020 erfreut. «Wir konnten die Bekämpfung von Marschflugkörpern und unbemannten Flugzeugen (UAV) trainieren und festigten unsere Kenntnisse in der Feuerführung sowie in allen Belangen der elektronischen Kriegsführung. Ebenfalls sind wir absolut in der Lage, schnell zwischen verschiedenen militärischen Aktivitäten zu wechseln», so Gerasimow anlässlich der Übungsbesprechung. Neu war hingegen der kombinierte Einsatz von schweren (Kampf-)Drohnen, der unterdessen ein Umdenken beim russischen Militär bewirkte. Anlässlich von KAVKAZ wurden so genannte Drohnenschwärme eingesetzt, das heisst mehrere UAV gleichzeitig und in verschiedenen Flughöhen

von 100 bis 5000 Metern. Damit konnte innerhalb des Übungsszenarios Feuerunterstützung bis tief hinter die Frontlinien gewährleistet werden. Laut dem russischen Verteidigungsministerium geht es dabei im Besonderen darum, mit dieser Einsatzform mögliche gegnerische Aktivitäten (beispielsweise in Form terroristischer Operationen) frühzeitig zu stören. Der kombinierte Einsatz ermöglicht ein gleichzeitiges Wirken der Sensoren und Effektoren. Experten leiten darin eine Anpassung der russischen Militärdoktrin ab: Die in Syrien gelernten Erkenntnisse, wie eigene Mittel gegen gegnerische Drohnen geschützt werden können, flossen laufend in die Umsetzung der Lessons-Learned der eigenen Streitkräfte. Drohnenschwärme sollen deshalb die russische Erstschlagstrategie ergänzen und damit zu einem offensiven Instrument der konventionellen Kriegsführung werden.

Mexiko

Multifunktionales Militär

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) verkündete noch im Wahlkampf, das gegen die Drogenkartelle eingesetzte Militär in die Kasernen zurückzu-

schicken. Nach gut anderthalb Jahren seiner Amtszeit sind die mexikanischen Streitkräfte jedoch zu einer Art Allzweckwaffe geworden.

Neuste Entwicklung: AMLO plant, alle Zollbüros und Häfen durch Heer und Marine kontrollieren zu lassen. Tatsäch-

lich sind der mexikanische Zoll und die Seehäfen geprägt von Schmuggel, Drogen- und Waffenhandel sowie Korruption. Das Militär soll nun auch gegen diese Probleme den Kampf führen.

Die Streitkräfte sind inzwischen weitgehend für die

innere Sicherheit zuständig. Bis März 2024 haben sie ausserordentliche Befugnisse, eigentlich der – weitgehend korrupten – Polizei zustehende Kompetenzen zu übernehmen.

An der Spitze der neugeschaffenen Nationalgarde steht

ein dem Verteidigungsminister rechenschaftspflichtiger Militär im Ruhestand. Die überwiegende Zahl der Einsatzkräfte ist vom Militär «ausgeliehen». Nach Angaben des Sicherheitsexperten Alejandro Hope wird auch die Finanzierung der Nationalgarde zu 80% über das Budget von Heer und Marine abgewickelt. Die Streitkräfte rekrutieren auch die neuen Mitglieder der Nationalgarde. Während die Militärs sich offiziell mit Alfonso Durazo,

dem zivilen Minister für Öffentliche Sicherheit koordinieren, sind sie in der Praxis die Entscheidungsträger in der Nationalgarde. Hope sagt: «Die Nationalgarde ist nichts anderes als eine Filiale der Streitkräfte.»

Bei der Kontrolle und Zurückweisung der lateinamerikanischen Migranten an der Südgrenze mit Guatemala standen die Soldaten Anfang des Jahres an vorderster Front. Die Katastrophenhilfe zum Beispiel bei Überschwemmungen

liegt im Wesentlichen in der Verantwortung der Militärs. Dass das mexikanische Gesundheitssystem bisher nicht völlig von der Corona-Pandemie überfordert wurde, hat auch mit dem Militär zu tun. Mehrere Militärkrankenhäuser wurden zu Corona-Hospitälern umgewandelt. Ebenso waren die Streitkräfte massgeblich beim Aufbau provisorischer Krankenhäuser beteiligt. Selbst der Bau des neuen zivilen internationalen Flughafens bei Mexiko-Stadt liegt

in der Verantwortung des Militärs.

Angesichts ihrer Multifunktionalität wird es für die Streitkräfte nicht einfacher, die ihnen seit 2006 unter dem konservativen Präsidenten Felipe Calderón aufgebürdete und umstrittene Mission zu erfüllen, die Drogenkartelle zu bekämpfen. Dennoch setzt AMLO inzwischen unbeirrbar in verschiedensten Bereichen auf die «unkorruptiblen» (das heisst ihm bedingungslos treuen) Spitzen von Heer und Marine.

Brasilien

Erster Saab Gripen im Testbetrieb

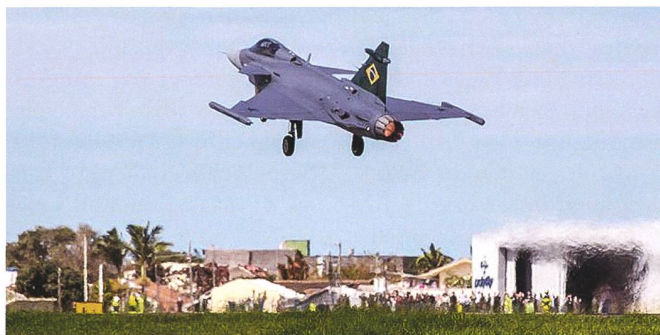
Ende September erhielt die brasilianische Luftwaffe ihr erstes Gripen-Kampfflugzeug des schwedischen Herstellers Saab. Die Maschine landete in Navegantes an der Atlantikküste und wird seither ausgiebig getestet.

Die erste Tranche besteht aus 28 Standardmodellen der aktuellen Baureihe sowie sechs zweisitzigen Trainern, insgesamt sollen 108 Maschinen beschafft werden. Brasilien erwog ursprünglich auch einen flugzeugträgergestützten Einsatz des Gripen, um die 23 aus den 1970er-Jahren stammenden US-Jets vom Typ A-4 Skyhawk zu ersetzen, die auf dem Träger São Paulo, der ehemaligen französischen Foch, stationiert waren. Seit die São Paulo 2018 durch das gebrauchte in Grossbritannien erstandene amphi-

bische Angriffsschiff HM Atlantico (zuvor HMS Ocean) ersetzt wurde, ist das Thema vom Tisch.

Das brasilianische Werk in Gavião Peixoto im Bundesstaat São Paulo baut Heck- und Frontpartien für die Einsitzer sowie Luftbremsen und Flügelkästen für die Gripen-F-Zweisitzer. Das Personal wurde im Saab-Werk in Linköping ausgebildet.

Ein Verkauf an die mexikanischen Streitkräfte wird angestrebt, Ecuador und Argentinien haben bereits Interesse an Gripen aus brasilianischer Fertigung bekundet. Allerdings werden 30% der Gripen-Bestandteile, darunter das Radar, in Grossbritannien hergestellt. Wegen des Falkland-Konflikts wäre ein britisches Veto gegen eine Belieferung des ehemaligen Kriegsgegners praktisch sicher.



Gripen in Brasilien.

Bild: Saab

USA/Taiwan

Waffenverkauf verärgert China

Inmitten von Spannungen mit China hatte die US-Regierung im Oktober einem milliardenschweren Rüstungsgeschäft mit Taiwan zugestimmt.



Taiwanesische Staatspräsidentin Tsai. Bild: imago

China zog erste Konsequenzen und drohte mit weiteren Massnahmen.

Für 1,8 Milliarden Dollar will Taiwan in den USA Rüstung kaufen: Raketen, Aufklärungssensoren für Kampffjets und weitere militärische Ausrüstung stehen auf der Einkaufsliste aus Taipeh. Ein Geschäft, das der grosse Nachbar China nicht hinnehmen will. Die Führung in Peking hat deshalb Strafmassnahmen gegen die involvierten US-Hersteller verkündet. «Wir werden Sanktionen gegen US-Unternehmen verhängen, die an den Waffenverkäufen beteiligt sind», sagte Zhao Lijian, ein Sprecher des chinesischen Aussenministeriums.

Zu diesen Unternehmen gehören Lockheed Martin, Boeing Defense und Raytheon Technologies. China habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Waffenverkäufe an Taiwan das Ein-China-Prinzip ernsthaft untergrabe, so der Sprecher weiter.

Die Sanktionen wurden nach Ministeriumsangaben «zur Wahrung nationaler Interessen» beschlossen. Wenn nötig werde China weitere Massnahmen ergreifen, sagte der Sprecher. Genauere Angaben machte er nicht. China hatte Lockheed Martin bereits in der Vergangenheit mit Strafmassnahmen belegt, weil der Konzern Waffen an Taiwan geliefert hatte.

Grund für die nun verkündeten neuen Sanktionen: Die US-Regierung hatte im Oktober den Verkauf von 135 Luft-Boden-Raketen an Taiwan genehmigt. Diese würden dem ostasiatischen Inselstaat dabei helfen, «gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen zu begegnen», erklärte das Aussenministerium in Washington. Auch elf mobile leichte Raketenwerfer und sechs Systeme zur Luftaufklärung wurden demnach geliefert. Die Regierung von Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen hatten den USA für den Waffenverkauf gedankt. Er trage dazu bei, Tai-

wans Verteidigungssysteme zu stärken.

Die Führung in Peking betrachtet Taiwan als untrennbaren Teil der Volksrepublik und droht mit einer gewaltsamen Wiedervereinigung. Die USA

versuchen hingegen, Chinas Macht in der Region einzudämmen, haben sich der Verteidigungsfähigkeit der demokratischen Inselrepublik verpflichtet und liefern seit Jahren immer wieder Waffen nach

Taiwan. In letzter Zeit drängten die Vereinigten Staaten die Regierung in Taipeh dazu, die eigenen Verteidigungsfähigkeiten auszubauen.

Die Taiwan-Frage hatte wiederholt zu Belastungen des

Verhältnisses zwischen China und den USA geführt. So betrachtete es die Regierung in Peking als Provokation, dass zwei hochrangige US-Regierungsvertreter nacheinander nach Taiwan gereist waren.

Kambodscha

Marinebasis für China?

Hat Kambodscha der chinesischen Regierung einen Marinestützpunkt im Golf von Thailand versprochen? Ein milliardenschweres Bauprojekt wirft Fragen auf.

Kambodschas Küste am Golf von Thailand stösst nicht nur auf Interesse bei chinesischen Tourismusinвестoren, sondern auch bei Militärstrategen. Besonders die USA fürchten, dass China gerade dabei ist, sich in dem südostasiatischen Staat eine Basis für

seine Streitkräfte zu sichern. Belegen soll das ein angeblicher Geheimvertrag. Und auch ein aufsehenerregendes 3,8-Milliarden-Dollar-Geschäft eines chinesischen Konzerns wirft Fragen auf.

Die Vereinbarung zwischen Kambodscha und China soll laut US-Behörden in diesem Frühjahr unterzeichnet worden sein, wie das «Wall Street Journal» unter Berufung auf amerikanische Quellen berichtet. Die genauen Details des Abkommens kennt die US-Regierung demnach zwar nicht.

Die Beamten hätten jedoch Einblick in einen Entwurf, der China für 30 Jahre Zugang zu der kambodschanischen Marinebasis Ream geben soll, und der anschliessend immer um zehn Jahre verlängert werden kann. China soll demnach den Stützpunkt ausbauen können, damit es genug Platz für seine Kriegsschiffe gibt. Ausserdem soll Chinas Armee Soldaten und Waffen an der Basis stationieren dürfen, heisst es in dem Bericht.

Sollte das zutreffen, würde Kambodscha zum ersten chinesischen Militärstützpunkt in

Südostasien werden – und zum zweiten weltweit. Eine offizielle ausländische Militärniederlassung hat China bereits im ostafrikanischen Staat Dschibuti etabliert.

Analysten glauben, dass die Basis in Kambodscha China wichtige strategische Vorteile geben würde, unter anderem wenn es darum geht, seine Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer zu verteidigen. Kambodschas Regierung dementierte die Berichte über eine militärische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik jedoch vehement.

China/USA

Angriff auf USA – auf dem Videoclip

Atomwaffenfähige Bomber und ein virtueller Angriff auf ein US-Ziel: Ein Clip der chinesischen Luftwaffe sorgt für Debatten im Netz. Beide Länder schweigen sich dazu bis dato aus. Die Machart sorgt derweil für Spott.

Es ist ein Clip, der derzeit im Netz für Aufruhr sorgt: Ein aufwendig produziertes Video aus China zeigt atomwaffenfähige H-6-Bomber. Sie führen einen virtuellen Angriff auf ein Ziel aus, das der US-amerikanischen Andersen Air Force Base auf der Pazifik-Insel Guam ähnelt. Brisant daran ist, dass dieses US-Territorium wichtige militärische Infrastruktur beherbergt. Ausserdem wäre es ein strategisch wichtiger Ort im Falle eines Konflikts oder gar Krieges in der Region.

Das Video der chinesischen Luftwaffe wurde auf einer Internetplattform veröffentlicht und fängt nun an, hohe Wellen zu schlagen. Mittlerweile haben mehrere Millionen Menschen das Video auf der chinesischen Social-Media-Plattform «Sina Weibo» angeschaut. Bis dato jedoch ist der Clip von chinesischer und amerikanischer Regierungsseite unkommentiert geblieben.

Darin werden Szenen aus Hollywood-Filmen wie «The Rock» oder «Transformers» verwendet, wie Nutzer in den sozialen Netzwerken anmerken. So seien die explosiven Sequenzen um die Raketen aus den Kino-Blockbustern entnommen. Die Machart erscheint für das hausgemachte Propaganda-Video zumindest ungewöhnlich – und sorgt für Spott in den sozialen Medien.

USA/Indien

Austausch von Satellitendaten

Die USA und Indien wollen ein Verteidigungsabkommen zum Austausch von Satellitendaten zu Militärzwecken abschliessen. Mit dem Abkommen würde die USA Indien Zugang zu GPS- und Echtzeitdaten gewähren, die die Leistungsfähigkeit von Waffensystemen wie Raketen und Drohnen, die Indien aus den USA erworben hat, verbessern würde. Indiens Verteidigungsministerium teilte nach einem Treffen von US-Verteidigungsminister Mark Esper und seinem indischen Kollegen Rajnath Singh in Neu Delhi mit, die beiden hätten die Erwartung ausgedrückt, dass das Abkommen während des nächsten Besuchs des US-Amerikaners unterschrieben werde.

Angesichts des Erstarkens Chinas in der Region arbeiten

die USA und Indien seit einigen Jahren in Verteidigungsangelegenheiten stärker zusammen. Das Verhältnis Indiens zu China ist angespannt, nachdem es im Juni zu einem tödlichen Zwischenfall an der gemeinsamen Grenze im Himalaya gekommen ist. Die USA und China haben unter anderem einen Handelsstreit, Konflikte wegen des Coronavirus, Taiwan und der Machtbereich im Südchinesischen Meer. US-Firmen haben Indien in den vergangenen Jahren Waffen für mehrere Milliarden Dollar verkauft.

Mark Esper war mit Außenminister Mike Pompeo im Oktober in Asien unterwegs. Sie besuchten Indien, Sri Lanka, die Malediven und Indonesien.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*